



aktuell

Der Newsletter des Deutschen Vereins

**Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Mitglieder des Deutschen Vereins
für öffentliche und private Fürsorge e.V.,**



das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 9.2.2010 die Regelleistungen, die in der Grundsicherung für Arbeitsuchende für Minderjährige und Erwachsene gewährt werden, für nicht mit der Verfassung vereinbar erklärt. Sie genügen dem Grundrecht auf Gewährung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht. Der Gesetzgeber konnte nicht ausreichend klar machen, wie er auf seine Zahlen kommt, die er zudem nicht immer sachgerecht abgeleitet hat. Transparenz ist hier das Stichwort. Klar ist, er hat sich nicht zur generellen Höhe der Regelsätze geäußert!

Für uns als Deutschen Verein sehr erfreulich: Das BVerfG verweist in seiner Begründung wiederholt auf Arbeiten des Deutschen Vereins und sieht eine „Öffnungsklausel“ in der Grundsicherung für Arbeitsuchende als verfassungsrechtlich zwingend geboten an. Der Deutsche Verein hatte eine solche bereits 2005 in seiner Stellungnahme zu „Ersten Änderungsbedarfen im SGB II“ erstmalig gefordert. Die Erforderlichkeit einer Öffnungsklausel wurde in den folgenden Jahren durch weitere Stellungnahmen bekräftigt. Dabei wurde eine mögliche Regelung analog § 28 Abs. 1 Satz 2 SGB XII vorgeschlagen. Mit großem Interesse werden wir also die Neugestaltung einer Bedarfsbemessung, die verfassungsrechtlichen Anforderungen genügt, intensiv begleiten. Skeptisch sind wir allerdings in unseren Erwartungen, ob die Akteure der Exekutive und Legislative nun den vorhandenen externen Sachverstand ausreichend in die Erörterungen einbeziehen.

Obwohl wir gerade erst in den Frühling gestartet sind, möchte ich unter anderem die Mitglieder des Hauptausschusses bereits heute auf die nächste Sitzung im Herbst 2010 hinweisen. Am 22. September 2010 findet die Hauptausschusssitzung auf Einladung der Landeshauptstadt Stuttgart im dortigen Rathaus statt. Wie üblich wird es am Vormittag den internen Teil mit den satzungsgemäßen Vereinsregularien geben. Um die Sitzung des Hauptausschusses fachlich aufzuwerten und interessanter zu gestalten, wird der öffentliche Teil am Nachmittag unter das Motto „Soziale Sicherungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland – quo vadis?“ gestellt.

Prof. Dr. Ulrich Becker, Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Sozialrecht in München wird eine Grundsatzrede zum Thema „Das gegliederte System der sozialen Sicherung – Möglichkeiten und Ansätze zur Vereinfachung und Neustrukturierung“ halten. Im Anschluss daran finden 3 Fachforen zur Vertiefung statt. Wir wollen die Diskussion darüber anstoßen, ob unsere verschiedenen Säulen der sozialen Sicherung nicht doch besser einer Generalrevision unterzogen werden müssen. Wir hoffen, dass dieses neue Konzept Anklang bei den Mitgliedern und Gästen des Hauptausschusses findet.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Löher
Vorstand des Deutschen Vereins

Das Präsidium des Deutschen Vereins stellt sich vor ...



Beate Bröcker

1979
Abschluss als Diplom-Volkswirtin, Universität Münster

1979 bis 1980
Verwaltungsangestellte beim Arbeitsamt Osnabrück

1981
Berufsberaterin beim Arbeitsamt Osnabrück

1991 bis 1993
Referentin für die Förderung von Frauen und benachteiligten Jugendlichen im Sozialministerium Sachsen-Anhalt

1993 bis 1997
stellvertretende Referatsleiterin für Projektplanung und -steuerung und ABM im Sozialministerium Sachsen-Anhalt

1997 bis 2001
Referatsleiterin Öffentlich geförderter Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik im Sozialministerium Sachsen-Anhalt

2000 bis 2001
stellv. Abteilungsleiterin Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik im Sozialministerium Sachsen-Anhalt

2002 bis 2008
Beigeordnete für Jugend, Soziales und Gesundheit der Landeshauptstadt Magdeburg

2009
Unternehmensberaterin in der Sozialwirtschaft

seit 2009
Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit und Soziales

2002 bis 2008
Mitglied im Fachausschuss „Altenhilfe und Pflege“

2003 bis 2008
Mitglied im Fachausschuss „Sozialpolitik, Soziale Sicherung, Sozialhilfe“

2006 bis 2009
Mitglied im Arbeitskreis „Sozialplanung, Organisation, Qualitätssicherung“

2004 bis 2006
Mitglied im Arbeitskreis „Altenhilfe“

seit 2007
Mitglied im Hauptausschuss

seit 2010
koopertes Mitglied im Präsidium des Deutschen Vereins

Sitzung des Präsidiums des Deutschen Vereins

Das Präsidium des Deutschen Vereins hat am 10. März 2010 folgende Empfehlungen und Stellungnahmen verabschiedet, die im NDV veröffentlicht werden und auf der Website des Deutschen Vereins www.deutscher-verein.de unter Empfehlungen/Stellungnahmen abgerufen werden können:

Erste Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Verbesserung der Erwerbsintegration von Menschen mit Migrationshintergrund

Fast ein Viertel der Bezieher/innen und Bezieher von Leistungen nach dem SGB II sind Menschen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Etwa 28% der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen haben einen Migrationshintergrund. Die mit der Arbeitsmarktintegration befassten Akteure sind bei ausländischen Leistungsberechtigten mit einer sehr komplexen Rechtslage an der Schnittstelle von Ausländer- und Sozialrecht konfrontiert.

Diese ersten Empfehlungen des Deutschen Vereins geben einen Überblick über die komplexe Rechtslage und enthalten Handlungsempfehlungen für individualisierte Hilfen für Menschen mit Migrationshintergrund, zu institutionellen Voraussetzungen und zur Anerkennung von Qualifikationen. Sie richten sich vor allem an Erbringer von Leistungen im Rechtskreis des SGB II, aber darüber hinaus auch an politische Akteure, die Verwaltung insgesamt sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

Arbeitshilfe des Deutschen Vereins zur Wahrnehmung der Aufgaben nach §§ 11, 12 SGB XII; insbesondere bei der Hilfe in materiellen Notlagen (3. und 4. Kapitel SGB XII)

Die Arbeitshilfe zielt im Schwerpunkt auf die Beratung (§ 11 Abs. 2 SGB XII) sowie die Unterstützung und Aktivierung (§ 11 Abs. 3 SGB XII) von Personen, denen außerhalb von Einrichtungen (monetäre) Leistungen zu erbringen sind. Die Beratung und Unterstützung durch andere Stellen, die Leistungsabsprache und der Förderplan nach § 12 SGB XII sind ebenso Bestandteil. Zudem werden Wege zur sozialräumlichen Vernetzung der Aufgabenstellung bei den örtlichen Trägern der Sozialhilfe aufgezeigt und dargelegt, wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dem Anforderungsprofil entsprechen können.

Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Angemessenheit der Leistungen der Unterkunft und Heizung im SGB II (§ 22 SGB II)

Die bereits 2008 vom Deutschen Verein herausgegebenen Empfehlungen werden hinsichtlich des grundsicherungsrelevanten Mietpreises, der Änderungen der Begrifflichkeiten im Kostensenkungsverfahren, der Höhe des Warmwasseranteils und der Übernahme von Tilgungsleistungen aktualisiert. Die neuere Rechtsprechung, insbesondere des Bundessozialgerichts, hat Eingang gefunden, damit auf eine einheitliche Umsetzung und Anwendung der Vorschrift über die Leistungen für Unterkunft und Heizung hingewirkt werden kann. Neu aufgenommen wurden die Kapitel zu „Guthaben und Rückzahlungen“ sowie „Schönheitsreparaturen“.

Stellungnahme des Deutschen Vereins zur Diskussion über eine Pauschalierung der Leistungen für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Leistungen für Unterkunft und Heizung belasten die kommunalen Haushalte zunehmend. Die Bundesbeteiligung an den Kosten nach § 46 Abs. 7 SGB II hingegen ist rückläufig. Die Pauschalierung von Leistungen für Unterkunft und Heizung wird von Teilen der Sozialgerichtsbarkeit als Möglichkeit gesehen, die Flut von Verfahren zu minimieren. Der Deutsche Verein möchte im Vorfeld zu einem Gesetzgebungsverfahren, welches aus dem Prüfauftrag im Koalitionsvertrag erwachsen könnte, Position beziehen. Er hält eine Pauschalierung der Leistungen für Unterkunft und Heizung weder für zweckmäßig noch für zielführend, da die regionalen Unterschiede bei der Bedarfsermittlung von Wohnraum und Heizung zu hoch sind.

Stellungnahme des Deutschen Vereins zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vormundschaftsrechts

Mit der Reform eines Gesetzes zur Änderung der Vormundschaft soll der Kinderschutz im Bereich der Amtsvormundschaft verbessert werden. Laut Referentenentwurf soll der persönliche Kontakt des Vormundes zum Mündel und die Wahrnehmung der Personensorge für den Mündel gestärkt werden. Die Stellungnahme setzt sich mit den angestrebten Veränderungen auseinander.

Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Umsetzung gesetzlicher Änderungen im familiengerichtlichen Verfahren

Mit dem Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit wurden weite Teile des familiengerichtlichen Verfahrens neu geregelt und in einer Verfahrensordnung zusammengeführt. Dabei erhielt u. a. das Verhältnis von Familiengericht und Jugendamt eine neue

inhaltliche Ausgestaltung. Die Neuorientierung erfordert konzeptionelle Klärungen, wozu die Empfehlungen einen ersten Beitrag leisten sollen. Sie beschränken sich auf Kindersachssachen im Zusammenhang mit Trennung und Scheidung sowie wegen Gefährdung des Kindeswohls.

Eckpunkte des Deutschen Vereins für ein kooperatives Qualitätsmanagement von Leistungsträgern und Leistungserbringern in sozialen Hilfesystemen

Mit diesen Eckpunkten des Deutschen Vereins soll dazu beigetragen werden, dass die Kooperation zwischen Leistungsträgern und Leistungserbringern in sozialen Hilfesystemen gefördert und verbessert wird. Qualitätsmanagement ist besonders dafür geeignet, sich in Hilfesystemen über Aufgaben zu verständigen und zu regeln, wie diese bearbeitet werden sollen, mit welchen Ressourcen und Zustän-

digkeiten. Adressaten der Eckpunkte sind Leistungskräfte bei Leistungsträgern und Leistungserbringern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Hilfen planen und vereinbaren.

Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Stärkung des Ehrenamtes in der rechtlichen Betreuung

Zum Abbau von Hemmnissen bei der Übernahme von ehrenamtlich geführten rechtlichen Belangen sollte das Ziel sein, diese ausdrücklich in den Anwendungsbereich des Übungsleiterfreibetrages von derzeit 2100 € nach § 3 Nr. 26 EStG zu überführen. Damit würde gleichzeitig die Aufwertung der ehrenamtlich geführten Betreuungen, entsprechend der Intention des 2. Betreuungsrechtsänderungsgesetzes von Juli 2005, erreicht werden. Vorrangig angesprochen ist der Gesetzgeber.

Treffen mit der Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), Prof. Dr. Ursula Lehr

Zu einem fachlichen Austausch trafen sich im März Frau Prof. Dr. Ursula Lehr, Bundesfamilienministerin a. D. und BAGSO-Vorsitzende, Michael Löher, Vorstand des Deutschen Vereins und Frau Welke, Arbeitsfeldleiterin des Arbeitsfeldes IV „Alter, Pflege, Rehabilitation, Gesundheit“ in der Geschäftsstelle. Bei dem Treffen wurden u. a. die Arbeitsschwerpunkte (lokale Pflegeinfrastruktur, Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie Fragen der Pfl-

geausbildung erörtert und die Erwartungen an eine zukünftige Zusammenarbeit insbesondere in den Gremien des Deutschen Vereins sowie bei den beidseitigen Großveranstaltungen (Seniorentag der BAGSO und Deutscher Fürsorgetag des Deutschen Vereins) ausgetauscht. Frau Prof. Dr. Lehr hat den Vorsitz der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen im Herbst 2009 übernommen.



Michael Löher (Vorstand des Deutschen Vereins) und Prof. Dr. Ursula Lehr (BAGSO-Vorsitzende)

Das Präsidium des Deutschen Vereins stellt sich vor ...



Wolfgang Stadler

1978 bis 1979
Zivildienst beim Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Bielefeld;
Arbeitsschwerpunkt: Offene Altenhilfe

1979
hauptamtlich beschäftigt beim AWO-Kreisverband Bielefeld;
Arbeitsschwerpunkt: Offene Altenhilfe

1980 bis 1982
Leiter des Weiterbildungswerkes beim Bezirksverband Östliches Westfalen e.V. der AWO

1983 bis 1993
stellv. Geschäftsführer der AWO, Bezirksverband Östliches Westfalen e.V.

1993 bis 2009
Geschäftsführer (ab 2008 Vorstand) des AWO Bezirksverbandes Ostwestfalen-Lippe sowie Geschäftsführer der Eltern-Service AWO GmbH

seit 1995
Mitglied im Landesjugendhilfeausschuss in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe

ab 1/2010
Vorsitzender des Vorstands des Arbeiterwohlfahrt Bundesverbandes e.V.

seit 2009
Mitglied in der AG „Gutscheine in sozialen Dienstleistungen“

seit 2010
kooptiertes Mitglied im Präsidialausschuss und Präsidium des Deutschen Vereins

Veranstaltungen

Übersicht der Fachveranstaltungen und Akademietagungen des Deutschen Vereins von Juni bis September 2010

21.–23. Juni 2010
Ort: Erkner/b. Berlin

F 342/10
Aktuelle fachliche, fachpolitische und rechtliche Entwicklungen in der Sozialhilfe

(Fortsetzung nächste Seite)



Neuerscheinungen

Kinder- und Jugendhilfrecht – Textausgabe –

8., neu bearbeitete Auflage 2009. 576 Seiten, kart.; € 12,50; für Mitglieder € 9,50 (zzgl. Versandkosten)

Diese Auflage enthält den aktuellen Stand des Sozialgesetzbuches Achstes Buch – Kinder- und Jugendhilfe – (SGB VIII) mit allen Änderungen, zuletzt durch das Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586).

Außerdem enthalten sind 14 weitere Gesetze und Verordnungen; neu aufgenommen wurden u.a. das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) und das Gesetz zur Einführung des Elterngeldes (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz). Es wurden sämtliche Änderungen bis Ende Juni 2009 eingearbeitet.

Wörterbuch der sozialen Arbeit Deutsch – Französisch/ Französisch – Deutsch

Mit einem Glossar wichtiger Begriffe aus der sozialen Arbeit in Deutschland und Frankreich

2009, 248 Seiten, kart. € 14,50 (€ 10,80 für Mitglieder des Deutschen Vereins)

Das bewährte deutsch-französische Wörterbuch liegt nun in einer vollständig neuen Ausgabe vor. Es enthält jeweils ca. 3000 deutsche und französische Fachbegriffe aus Theorie und Praxis der sozialen Arbeit sowie die wichtigsten Begriffe aus dem Sozialrecht und den Bezugswissenschaften. Ein umfangreiches Glossar erklärt begriffliche Besonderheiten in beiden Ländern, insbesondere gesetzliche Bestimmungen, die Bezeichnung spezieller Dienste, Einrichtungen und Institutionen sowie konzeptionelle oder programmatische Begriffe.

Impressum:

Redaktion:
Jenny Kautza, Berlin
Tel.: (030) 6 29 80-6 15
E-Mail: kautza@deutscher-verein.de

Deutscher Verein
für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Geschäftsstelle:
10179 Berlin-Mitte
Michaelkirchstraße 17/18
Tel. Sammel-Nr.: (0 30) 6 29 80-0
Fax: (0 30) 6 29 80-1 50

www.deutscher-verein.de

Bankverbindung: Deutsche Bank 7233943
(BLZ 100 700 00)

Druck:
Bonifatius GmbH
Druck-Buch-Verlag
Paderborn

Veröffentlicht mit Förderung des Bundesministeriums
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Veranstaltungen

(Fortsetzung)

21.–23. Juni 2010 Ort: Erkner/b. Berlin
F 216/10

Aktuelle fachliche, fachpolitische und rechtliche Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe

21.–23. Juni 2010 Ort: Hannover
F 428/10
Podium Altenhilfe

28.–29. Juni 2010 Ort: Berlin
F 242/10
**Europäische jugendpolitische Zusammen-
arbeit – Partner, Praxis, Perspektiven**

29. Juni 2010 Ort: Berlin
F 476/10
**Handlungsstrategien zum Auf- und Aus-
bau eines inklusiven Sozialraums**

6.–7. September 2010 Ort: Berlin
F 432/10
**Inklusive Bildung in Kitas und Schulen –
Möglichkeiten zur verbesserten Teilhabe
behinderter Kinder**

15.–17. September 2010 Ort: Gültstein b. Stuttgart
F 332/10
**Grundsicherung im Alter und bei Erwerbs-
minderung**

16. September 2010 Ort: Berlin
F 217/10
**Wohin geht die Reise? Europäische Trends
im Umgang mit benachteiligten Jugendli-
chen**

22.–24. September 2010 Ort: Berlin
F 336/10
**Frauenhäuser, Frauenschutz –
Leistungen und Finanzierung**

27.–29. September 2010 Ort: Brüssel
F 606/10
**Auf der Suche nach dem Europäischen
Sozialmodell – Networking und Inter-
senvertretung im Sozialen Europa**

30. September bis 1. Oktober 2010 Ort: Berlin
F 240/10
**Einmal Familie, Beruf und zurück – Vom
Spagat zwischen Kindern, Arbeit und Pflege**

Weitere Informationen unter
<http://veranstaltungen.deutscher-verein.de>
oder über das Veranstaltungsmanagement:
Telefon: 030 62980-605/ -606/-419
E-Mail:
veranstaltungen@deutscher-verein.de



Jetzt bewerben:

Projektideen kompetent verwirklichen mit dem Wissen aus Wirtschaft und gemeinnützigem Bereich: Wie das geht zeigt das Trainingsprogramm der Civil Academy, für das sich jetzt wieder freiwillig Engagierte zwischen 18 und 27 Jahren mit einer Projektidee bewerben können. Bewerbungsschluss ist Sonntag, der 18. Juli 2010. Eine fachkundige Jury wird die Auswahl treffen. Die drei Kompaktseminare des Programms zu Projektmanagement, Fundraising und Öffentlichkeitsarbeit werden im September, Oktober und Dezember stattfinden. Die Projektideen, die dort bis zur Umsetzungsreife weiter entwickelt werden, können aus einem beliebigen Engagementbereich kommen, sei es Soziales, Bildung, Umwelt oder Kultur. Am Ende der Kurse gibt es ein Zertifikat.

Weitere Informationen: www.civil-academy.de

Interesse?

Dann bewerben Sie sich mit Lebenslauf, Projektidee und Empfehlungsschreiben bei der Civil Academy, Michaelkirchstraße 17–18, 10179 Berlin, Telefon: 0 30/6 29 80-1 17 oder unter: www.civil-academy.de.

Das Trainingsprogramm:

17.–19. September 2010
Projektmanagement, Bielefeld

14.–17. Oktober 2010
Finanzen/Fundraising, Schwerte

03.–05. Dezember 2010
Öffentlichkeitsarbeit, Berlin



Personalien

In den Monaten Dezember 2009 bis Mai 2010 hat es im Deutschen Verein folgende Personalveränderungen gegeben:

Neu im Deutschen Verein sind:

Christine Bischof, wissenschaftliche Referentin, Arbeitsfeld IV

Linda Meier, Sachbearbeitung, Arbeitsfeld IV

Benjamin Reitz, Assistenz der Projektleitung, Projekt Nationales Forum

Katja Schneider, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Aus dem Deutschen Verein ausgeschieden:

Helge Bewernitz, Mechthild Börner, Christine Dehne, Ionka Senger